Ebenso ergebnislos verliefen weitere Petitionen der Höri-Gemeinden in den Jahren 1906 und 1912[5]. Fand sich zunächst kein Unternehmen, das den Bau einer schmalspurigen Bahnlinie übernehmen wollte, so schwächten später mannigfache Meinungsverschiedenheiten und vor allem eine ungeschickte Planung der Linienführung die Erfolgschancen des Vorhabens. Anstelle einer eindeutigen Ausrichtung von Radolfzell oder Singen, gabelte sich die geplante Linienführung in Überlingen am Ried und stellte eine Verbindung mit beiden Städten dar, mit Radolfzell allerdings auf dem von vornherein unwirtschaftlichen Umweg.

Das Projekt einer modernen Verkehrsverbindung in der Höri scheiterte an einer merkwürdigen, verkehrten Reihenfolge der Planungen. Das technisch noch unausgereifte Projekt der schienenlosen Bahn kam 1901 noch nicht zum Tragen. Bis 1912 hatte sich die Situation gewandelt. Jetzt wurde von der ersten Kammer der Badischen Landstände als Argument gegen eine Eisenbahn die Möglichkeit einer Automobilverbindung ins Feld geführt[6]. In der Tat war zur gleichen Zeit eine Automobillinie von Ludwigshafen über Stockach nach Tuttlingen bereits in Betrieb[7]. Die Linie betrug 31 km, kam also der Entfernung der Höribahn schon recht nahe. Die Autos fuhren seit dem 16. Juni 1911 zweimal täglich. Der Betrieb wurde zunächst mit zwei gebrauchten Wagen von 13 bzw. 7 Plätzen bedient. Das private in Stockach ansässige Unternehmen erhielt in den Jahren 1912 und 1913 Staatszuschüsse in Höhe von 2000 Mark. Auch auf den Eisenbahnen wurden Versuche mit benzolelektrischen oder durch Akkumulatoren getriebene Triebwagen angestellt, bei der badischen Eisenbahnverwaltung schreckte man jedoch vor der praktischen Erprobung der Fahrzeuge (für den Akkumulatorenwagen war die Strecke Waldshut-Säckingen vorgesehen) zurück und beschränkte sich auf Versuche mit Dampftriebwagen[8].

Automobilbahn und Eisenbahn durch die Höri blieben Projekte. Die Bemühungen der Gemeinden und ihrer Bewohner um eine bessere Verkehrsbedienung zeugt von einem freien Blick in die Zukunft und deren Möglichkeiten. Gerade der Versuch mit einer „Automobilbahn mit Luftleitung" ist hierfür besonders charakteristisch. Gerhard Kaller, Karlsruhe

Gemeinschaft der Reichsstädte in Baden-Württemberg

Das Zusammengehörigkeitsgefühl unter ehemaligen Reichsstädten ist seit langem, zumindest im Geschichtsbewußtsein in den nord- und mitteldeutschen Städten, erheblich traditionsgepflegter als im Süden. Wenn schon viele heute badische oder württembergische Reichsstädte, jede für sich, ihr überkommenes Brauchtum zu erhalten versuchen, so hat es doch bis vor kurzem an einem Zusammenschluß der verschiedenen Gemeinden gefehlt, von dem man reichsstädtische Geschichtsforschung, Denkmalpflege und etwa auch bürgerschaftliche Bildung, gewissermaßen als überkommenes kulturelles Erbgut, hätte erwarten können. Freilich kam es in den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts zu Ansätzen, für die oberdeutschen Städte das zu schaffen, was den niederdeutschen seit langem geläufig ist und die reichsstädtische Gemeinsamkeit vor allem im ideologischen Sinne fördert. Das Jahr 1933, unheilvoll in jeglichem Betracht, erstickte auch diese Pläne und ließ sie in Vergessenheit geraten. Erfreulicherweise kam man aber, als 1945 das fürchterliche Jahrzehnt der Bedrückung beendet war, auf den Gedanken zurück, die baden-württembergischen Reichsstädte einander irgendwie nahezubringen. Man wurde sich darüber klar, wie es der Bürgermeister Willi Oberdorfer der Stadt Weil der Stadt ausgesprochen hat, „daß in der Geschichte der reichsfreien Städte ein Reichtum an Leitbildern für die politische und geistige Bedrängnis der Gegenwart zu heben sei". Im Juni 1957 lud Dr. h. c. Otto Bärenreuther von Nürnberg süddeutsche Historiker zu einer Tagung ein, auf der man die Notwendigkeiten erörterte, die eine Arbeitsgemeinschaft zur Erforschung der oberdeutschen Reichsstädte-Geschichte erforderten. Leider ist Dr. Bärenreuther indessen schon im Herbst des gleichen Jahres 1957 heimgegangen. Aber immerhin, der erste Ruf war einmal laut geworden. Es gereicht dem Bürgermeister Erhard Schrempp in Gengenbach und den Gengenbachern insgesamt zur Ehre, daß sie mit ihrer Feier der 600jährigen Stadterhebung im Jahre 1960 auch eine Zusammenkunft der leitenden Geister der früheren Reichsstädte im heutigen Baden-Württemberg verbanden. Am 5. September 1960 kam es in Gengenbach zur Gründung der „Arbeitsgemeinschaft für Reichsstädtische Geschichtsforschung, Denkmalpflege und Bürgerschaftliche Bildung", die den Bürgermeisteru Willi Oberdorfer von der Stadt Weil der Stadt zu ihrem Vorsitzenden wählte. Unverweilt begann man damit, der

[5] GLA Karlsruhe 231/9483 und 9675, 233/33124
[6] GLA Karlsruhe 233/33124
[7] GLA Karlsruhe 231/9676
[8] GLA Karlsruhe 231/9663

ins Leben gerufenen Vereinigung entwicklungsfähige Fügung zu sichern und sich über die Möglichkeiten regsamer Tätigkeit klar zu werden. Forschungsvorhaben und ähnliche Anliegen wurden erörtert und die Verwirklichung gefaßter Entschlüsse in die Wege geleitet. Für die Jahre 1964 und 1965 stellte man die ersten Haushaltspläne auf. Zur Zeit gehören zur Arbeitsgemeinschaft die Städte: Aalen, Biberach an der Riß, Eßlingen, Gengenbach, Isny, Leutkirch, Offenburg, Rottweil, Schwäbisch-Gmünd, Schwäbisch-Hall, Ulm, Wangen und Weil der Stadt. Mit dem Beitritt der Schwesternstädte in Bayrisch-Schwaben und in Franken, mit denen man in Verhandlung steht, wird fest gerechnet.

Bereits legt die Arbeitsgemeinschaft auch ihre erste Veröffentlichung vor, die im Rahmen der „Eßlinger Studien" (Stadtarchiv Eßlingen am Neckar) herauskam und künftig herauskommt. Sie wird jeweils einmal im Jahr erscheinen. Gleich der erste Band präsentiert sich anziehend genug. Elisabeth Nau beschäftigt sich mit „Stadt und Münze im frühen und hohen Mittelalter", Lucien Sittler in Colmar schildert den „Elsässischen Zehnstädtebund, seine geschichtliche Eigenheit und seine Organisation". Egon Schraitle geht der „Bevölkerungsentwicklung Eßlingens in der Spätzeit der Reichsstadt" nach. Gewissermaßen den Kernbeitrag liefert Dr. Otto Borst, Leiter des Eßlinger Stadtarchivs und zugleich auch Sachwalter der Arbeitsgemeinschaft der Reichsstädte. Auch unter den Miszellen findet man Hinweise und Aufsätze auf reichsstädtische Vorgänge. Der Oberbürgermeister der Stadt Eßlingen, Dr. Dieter Roser, weist darauf hin, daß im süddeutschen Raum in stadtgeschichtlicher Hinsicht viel nachzuholen ist. Wenn auch die Arbeitsgemeinschaft der oberdeutschen Reichsstädte mit den alten gemeinschaftlichen Institutionen der Reichsstädte in Norddeutschland nicht in Wettbewerb treten könne und wolle, so möchte sie doch den Boden bereiten für eine über die heutigen süddeutschen Ländergrenzen hinausgreifende, auch das Elsaß und die Schweiz einschließende geschichtspflegerische Arbeit, für eine räumliche Weite, ohne welche die Geschichte der oberdeutschen Reichsstadt nicht deutlich werden könne.

Man wird die Arbeitsgemeinschaft der oberdeutschen Reichsstädte, deren Entstehung gewissermaßen in der Luft lag, nur freudig begrüßen können. Zu ihrer Schaffensfreude und vor allem zum ersten Jahrbuch gebührt ihr herzlicher Glückwunsch.

Otto Ernst Sutter, Gengenbach

Warum die Horner in der Höri den Scherznamen „Heufresser" bekamen

Eine volkskundliche Studie von J. Zimmermann, Radolfzell

In einer gutbesuchten Narrenversammlung am 11. November 1963 im Gasthaus zur „Schönen Aussicht" hat der Elferrat des Höridorfes Horn beschlossen, das in der letztjährigen Fasnacht gefaßte Vorhaben zu verwirklichen, nämlich eine Narrengilde zu gründen und ihr den Namen „Heufresser-Zunft" zu geben. Diesen Beschluß hat die ganze Versammlung mit Beifall angenommen. Nun will die Heufresserzunft Horn auch von einem Markenschnitzer eine passende Gesichts-Maske schnitzen lassen. Um dem Maskenschnitzer an die Hand zu gehen, ist in dessen Auftrag der Verfasser dieser Zeilen durch Erkundigungen an Ort und Stelle bei älteren Einwohnern Horns der Frage über die Herkunft und Bedeutung des Scherz- oder Necknamens „Heufresser" für die Horner nachgegangen. Die beste Auskunft darüber erhielt er von einem orts- und volkskundigen und zuverlässigen Horner Bürger, dem Ratschreiber. Nach seinem Wissen geht der Name „Heufresser" auf ein örtlich überliefertes lustiges Geschichtchen zurück; er erzählte mir hierzu eine Anekdote, die etwa lautet:

Der Gemeinderat von Horn habe von Zeit zu Zeit Ortsbegehungen unternommen, um sich über die Verhältnisse und Zustände von Ortsstraßen, Haus und Hof der Bauern usw. Einblicke zu verschaffen. Je nachdem der Gemeinderat da und dort bei Bauern Mißstände wahrgenommen und etwa gerügt hatte, machte er sich bei dem einen oder anderen Bauern mißliebig. Bei einer solchen Ortsbegehung kam der Gemeinderat einmal zu einem Bauern und besichtigte dessen Stallung und Viehbestand. Der Bauer war offensichtlich auf die Ortsväter nicht gut zu sprechen und hielt nun den Besuch des gesamten Gemeinderats in seinem Anwesen für eine günstige Gelegenheit, demselben nun auf irgendeine Art eins auszuwischen, d. h. den Herren einen Streich zu spielen. Während die Ortsväter noch inspizierend im Stalle standen, steckte der verzürnte, aber schlaue Bauer vom Futtergang der Tenne aus eine Gabel voll Heu nach der andern durch die Futterlöcher in die Raufe der Kühe oder Ochsen und sagte dabei vernehmlich laut: „I will deana do inna e weng (wenig) innegea, daß die au ebbis z'fressed hond, dees ist grad s'reacht Fuedder für dia. . .!" — Die Ortsväter verstanden sehr wohl, was der Bauer mit dieser spitzfindigen, derben Anspielung sagen wollte. Und einer derselben fühlte sich wohl besonders ange-